

Ulrich Brand, Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, 4.4.2011

Historischer und philosophischer Hintergrund der heutigen Wachstums- und Fortschrittsdebatte

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße es sehr, dass wir uns heute ein „solides Fundament“ – wie Sie, Frau Vorsitzende, auf unserer Homepage zitiert werden – für unsere weiteren Diskussionen schaffen. Und dafür ist ein Blick in die Geschicke immer gut, aber auch ein sensibler Umgang mit Begriffen.

Ich möchte einige historische Aspekte kombinieren mit Gedanken zur allgemeinen Rolle des Wachstums- und Fortschrittsbegriffs in den Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert. Die philosophische, d.h. begrifflich-theoretische Dimension besteht darin, die historische Gewordenheit und Funktion von Wachstum etwas auszuleuchten. Damit können wir etwas über die Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung lernen.

Begriffe existieren nicht losgelöst von gesellschaftlicher Realität, von Interessen und Machtverhältnissen. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Praxis und leiten diese an. Sie benennen, d.h. sie machen Dinge sichtbar; und sie entnennen, machen also andere unsichtbar. Das trifft insbesondere für den Wachstums- und Fortschrittsbegriff zu. Vielfach wird so getan, als wenn wir an Wachstum nicht vorbei kommen. Damit wird aber die Frage gar nicht mehr gestellt, warum es eigentlich einen Wachstumsimperativ gibt und wie er – falls er zu inakzeptablen Problemen führt – gegebenenfalls aufgegeben werden muss.

Wir wissen, dass in voragrarischen und agrarisch-feudalistischen Gesellschaften, in denen das Land die Hauptquelle der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und -aneignung war, der produzierte Umfang über Jahrhunderte nur sehr langsam anstieg. Erst mit der Entstehung der industriekapitalistischen Gesellschaften nahm das Wachstum rasant zu. Das ist mein Ausgangspunkt. In einem ersten Schritt einige theoretische Überlegungen aus sozialwissenschaftlicher Sicht.

Wachstum als Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise

Die Dynamik wie auch die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften besteht zuvorderst darin, dass sich historisch eine Klasse von Eigentümern an Produktionsmitteln und anderen Vermögen herausgebildet hat, die daran interessiert ist bzw. dazu gezwungen ist, aus ihrem Geld und Kapital mehr Geld und Kapital zu machen. Das **Profitprinzip** – in der Kritik der politischen Ökonomie als Dominanz der Tauschwertproduktion gegenüber dem Gebrauchswert bezeichnet – ist eine Triebfeder kapitalistischer Dynamik und von Wachstum. Um das zu erreichen und entsprechenden Mehrwert zu schaffen, werden jene eingesetzt, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Die Arbeitskraft ist eine Ware neben anderen, die auf dem (Arbeits-)Markt eingekauft wird.

Dabei stehen Unternehmen und Kapitale in einem **Konkurrenzverhältnis** und damit unter ständigem Innovationsdruck. Um ausreichend Gewinne zu machen, die Ansprüche der Eigentümer zu befriedigen und Kredite zu bekommen, muss ständig auf der betrieblichen wie auch auf der gesellschaftlichen Ebene modernisiert werden. Die kapitalistische Konkurrenz ist eine zweite entscheidende Trieb-

feder. Dies betrifft, auf nationale Gesellschaften bezogen, auch die Konkurrenz bzw. Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

In Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise – das sind die Einsichten vieler feministischer Wissenschaftlerinnen – basiert die **Reproduktion der Lohnarbeit** (und der Menschen selbst, also ihr Geborenwerden und ihre ersten Lebensjahre, aber auch ihre letzten Lebensjahre) quer durch alle Schichten nicht nur auf dem Lohn, sondern auf der meist unsichtbaren und oft von Frauen geleisteten Haus- und Pflegearbeit. Dies wiederum hängt an asymmetrischen Geschlechterverhältnissen, an gesellschaftlichen Bewertungen von „wertvoller“ und „nicht-wertvoller“ Arbeit.

Und der Produktions- und Konsumtionsprozess hängt an der **Aneignung der außermenschlichen Natur**, also an Ressourcen und Senken wie Landstriche für Müllkippen oder die Atmosphäre für Emissionen. Die moderne Industriegesellschaft besteht aus der „Dreieinigkeit“ (Elmar Altvater) von westlicher Rationalität, den kapitalistischen gesellschaftlichen Formen und fossilen, hohe sozio-ökonomische Produktivität ermöglichende Energieträgern. Die kapitalistische Produktionsweise hat damit eine Tendenz, natürliche Ressourcen in Wert zu setzen. Damit geht eine Gefahr einher, die Max Horkheimer und Theodor W. Adorno vor fast siebzig Jahren in der „Dialektik der Aufklärung“ wegweisend formulierten. Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, führt zu seiner Vertiefung. Diesen Gedanken nehme ich am Ende nochmals auf.

Wie das *konkret* in den einzelnen Gesellschaften und im historischen Zeitverlauf geschieht, die Organisation von Produktion und Arbeitsteilung, Reproduktion, die Aneignung der Natur, in welchem Kräfteverhältnis Kapitaleigner und Lohnabhängige stehen, wie der produzierte Mehrwert verteilt wird – das ist eine historische Frage; etwa eine nach der Rolle des Staates, der Macht der Unternehmen und der Gewerkschaften, der Umwelt- oder der Frauenbewegung.

Schließlich erzeugt das kapitalistische Organisationsprinzip immer wieder **Krisen**. Die Gründe für Krisen sind unterschiedlich: dazu gehören etwa Überproduktion, zu wenig Konsum bzw. effektive Nachfrage, zu geringe Gewinnmargen in der „Realwirtschaft“ und eine entsprechende Ausweitung des Finanzsektors, was zu den möglicherweise platzenden „Finanzblasen“ führt, Verschuldungskrisen im internationalen Rahmen etwa aufgrund von dauerhaften Defiziten im Außenhandel. Ursachen von Krisen können aber insbesondere auf der lokalen Ebene eine massive Degradation der natürlichen Lebensgrundlagen sein. Auch der Umgang mit Krisen – derzeit scheint es zu einer neuen Finanzmarktblase zu kommen – ist historisch kontingent.

Aus diesen Überlegungen möchte ich zwei Punkte hervorheben.

- a) Wachstum ist ein systemischer Antrieb, der tief in unsere Gesellschaften eingelassen ist. Es ist in den Konflikten zwischen der Verteilung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts eine Art „**Versöhnungsformel**“ – ein wachsender Kuchen macht nun mal mehr Menschen satt. Damit ist aber nichts über die konkrete Qualität der Produktion und Reproduktion der Gesellschaft ausgesagt. Der Sozialstaat, der die Lohnabhängigen vor materiellen Existenzkrisen zu schützen versucht, wenn sie keine Lohnarbeit haben, oder Umweltstandards müssen in harten Auseinandersetzungen eingeführt werden. Und damit ist nichts gesagt über die sozialen, ökonomischen und ökologischen Kosten bzw. Probleme der Wachstumsdynamik. Wichtig ist es daher, sich nicht nur abstrakt die Frage nach Wachstum oder Nicht-Wachstum zu stellen, sondern nach den konkreten historischen Formen, in denen das geschieht.

- b) Wir sollten uns verdeutlichen, dass Wachstumsfragen nicht nur solche der „Ökonomie“ und damit der wissenschaftlichen Disziplin der Wirtschaftswissenschaften ist, sondern es sind gesellschaftliche Fragen. Und es handelt sich um Machtfragen. Ökonomie ist immer **kulturelle und politische Ökonomie**, der Markt ist nicht einfach ein Allokationsmechanismus, sondern ein Realisierungsmoment sozialer Herrschaft zwischen Klassen, Geschlechtern, ethnischen Gruppen und – organisiert über die internationale Arbeitsteilung und ihre politische Absicherung – zwischen Ländern.

Geschichte: Wachstumskonstellationen und Krisen

Ich komme zum zweiten Teil meiner Überlegungen. Aus meiner Sicht ist damit ein Blick auf die Geschichte von Wachstum und Fortschritt – nicht als Begriff, sondern als gesellschaftlicher Prozess – hilfreich, der sich nicht nur an makroökonomischen Wachstumszahlen orientiert, sondern die **komplexen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklungen** berücksichtigt (theoretisch und empirisch orientiere ich mich im Folgenden an der Regulationstheorie). Die Orientierung an Wirtschaftswachstum basiert, wie ausgeführt, auf dem kapitalistischen Organisationsprinzip der politischen und kulturellen Ökonomie und wurde insbesondere im Verlauf den 20. Jahrhunderts eine gesellschaftlich tief verankerte Praxis. Als Praxis eben der miteinander konkurrierenden und unter Gewinndruck stehenden Unternehmen und Kapitale, als Grundlage eines modernen Steuerstaates, als eine Lebensbedingung und vielfach attraktive Orientierung der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Zentren, aber auch für die Menschen in den Ländern des Globalen Südens. *Ein solch breites Verständnis hat enorme Auswirkungen auf die Frage, wie heute eine attraktive, d.h. sozial gerechtere und umweltverträgliche Konstellation geschaffen werden kann.*

Mein zweites Argument in dieser historischen und begrifflichen Betrachtung ist, dass relativ **stabile kapitalistische Wachstumskonstellationen**, die über einen gewissen Zeitraum bestehen, von **Krisen** unterbrochen werden.

Größere Krisen führen auch auf Seiten der herrschenden politischen und ökonomischen Kräfte zu Verunsicherung und einem Nachdenken darüber, wie es weitergehen soll, wie die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft und der Welt an neue Bedingungen angepasst werden müssten. Eine Konstante dabei ist, dass die eigenen Machtpositionen nicht infrage gestellt werden. Das war nach 1929 so – mit der fatalen Folge, dass relevante Teile des deutschen Bürgertums den Nationalsozialismus unterstützt haben –, Anfang der 1970er Jahre mit dem Bericht des Club of Rome oder der Einrichtung der Trilateralen Kommission und heute. Unsere Enquete-Tätigkeit ist ja auch Ausdruck dieser Verunsicherung, die durch die ökologische Krise verstärkt wird.

Vor diesem Hintergrund – Wachstumskonstellationen sind komplexe gesellschaftliche Entwicklungskonstellationen und nicht nur quantitative Größen; wir sollten den Wechsel von stabilen Konstellationen und Krisen in den Blick nehmen – ein paar **knappe historische Bemerkungen**.

Im **19. Jahrhundert** bildete sich ein liberaler Kapitalismus als Ausdruck der Industriellen Revolution und unter Vorherrschaft Großbritanniens heraus, der mit der Kolonisierung der Welt einherging. Um 1857 kam es zu einer ersten, nicht sehr einschneidenden Krise. Zwischen 1873 und 1896 gab es eine lange Krise, was zu einer gewissen Regulierung der Aktienmärkte, zu protektionistischen Politiken und teilweise zu Verstaatlichungen führte. Die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung und die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung führte zu ersten Konturen des Sozialstaates. „Fortschritt“ war eine sozialdemokratische und sozialistische Kategorie, das Bürgertum war eher pessimistisch eingestellt angesichts des Aufkommens der ArbeiterInnen-Bewegung. Allerdings kann zu dieser Zeit noch nicht von einem Modell von Massenproduktion und Massenkonsum gesprochen werden. Wirtschaftliches Wachstum bedeutete nicht unbedingt eine Verbesserung der Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung.

Durch eine lange Krise und zwei Weltkriege hindurch, unterbrochen von den Goldenen Zwanzigern (in der die Vermögensbesitzer übrigens ähnlich wie heute sehr gut verdienten und lebten), entwickelte sich in den USA seit den 1930er Jahren und in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues Wachstums- und Wohlstandsmodell, das in einem großen Teil der sozialwissenschaftlichen Literatur als „**Fordismus**“ bezeichnet wird (in Anlehnung an das Modell der arbeitsteiligen und hochtechnisierten Massenproduktion von Henry Ford). Die „goldenen Jahre“ brachten hohe Produktivitätsgewinne und die Intensivierung der Arbeit, ein enormes Wachstum sowie die Durchsetzung von wirtschaftspolitischen Steuerungselementen und des Sozialstaats. Das Geschlechtermodell war wesentlich eines des „männlichen Familienernährers“. In der westlich-kapitalistischen Welt dominierte weltpolitisch die USA, im realen Sozialismus die Sowjetunion; es kam zu umfassenden Entkolonialisierungsprozessen.

Für uns wichtig ist: *Die Gleichsetzung von Wachstum und Wohlstand wurde zu einer tief verankerten Erfahrung*. Der Wohlfahrtsstaat als Steuerstaat basierte auf einer florierenden Wirtschaft. Auch die Gesellschaften des real existierenden Sozialismus in Osteuropa basierten in gewisser Weise – und anfangs durchaus ökonomisch erfolgreich - auf diesem verdichteten Industrialisierungsmodell. Für viele Länder des Globalen Südens war dieses Modell attraktiv und es wurde durch das neue Feld der „Entwicklungspolitik“ unterstützt (der Begriff der „unterentwickelten Länder“ wurde erstmals im Januar 1949 von US-Präsident Truman verwendet).

Gleichzeitig – und das ist ja ein Ausgangspunkt unserer Arbeit – kam es zu einer enormen Vernutzung der Natur.

Diese „fordistische“ Konstellation kam Anfang der 1970er Jahre in die Krise und nach einigen Jahren setzte sich das durch (zunächst in Chile nach dem Militärputsch 1973 und dann ausgehend von Großbritannien und den USA), was wir heute als **neoliberalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft** bezeichnen. Deregulierung (insbesondere der Finanzmärkte), Privatisierungen (nicht nur von Betrieben, sondern auch der Rentenversicherungen) und eine Schwächung der Gewerkschaften bildeten den Kern. Es kommt der Tendenz nach zu einem Abbau der Demokratie und zu dem, was Colin Crouch später als „Post-Demokratie“ bezeichnet hat. Nach 1989 wurde diese Entwicklung durch den Globalisierungsschub, die deutsch-deutsche Vereinigung und die Erschließung der osteuropäischen

Märkte intensiviert. Die Orientierung an Wirtschaftswachstum blieb zentral, die ökologische Krise sollte über Strategien der ökologischen Modernisierung bearbeitet werden, was – das wissen wir heute – weitgehend misslang. Und die Entwicklungen der letzten 30 Jahre führen offenbar zu verstärkter Instabilität und einer Häufung von Krisen.

Wo wir heute stehen, kann niemand genau sagen. Ich selbst spreche von einer „post-neoliberalen“ Konstellation, was nicht das Ende neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bedeutet, sondern eine derzeit durchaus offene Restrukturierung, bei der wahrscheinlich in Ländern wie Deutschland angesichts der Macht der Finanzmarktakteure und der sie stützenden politischen Kräfte die Kontinuitäten überwiegen werden. Das mag aber anders aussehen, wenn es zu einem weiteren Einbruch kommt und Menschen gegen die Austeritätspolitik sich anfangen zu wehren.

Soweit und knapp ein großer historischer und begrifflicher Bogen. Ich schließe mit zwei Bemerkungen:

Aus meiner Sicht gibt es heute, in Zeiten der multiplen Krise, einen **Unterschied zwischen Wachstums- und Fortschrittsbegriff**. Lange waren beide eng verknüpft. Doch „Fortschritt“ im Sinne eines besseren Lebens für breite Bevölkerungsschichten hat heute keinen positiven Klang mehr (das gilt übrigens auch für den Reformbegriff, mit dem die meisten Menschen heute eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation verbinden). Im Gegensatz dazu ist der Wachstumsbegriff weiterhin positiv konnotiert.

Das scheint mir ein wichtiger Gedanke, wenn wir heute über Strategien ökologischer Modernisierung, Green New Deal, green economy (der Begriff wird derzeit zur Generalformel der „Rio+20“-Konferenz im Juni 2012 in Rio de Janeiro aufgebaut) oder anderes sprechen. Auch eine **grün gepolte Wachstumsmaschine**, deren wesentlicher Antrieb Gewinn, Konkurrenzfähigkeit und westlich-technologische Rationalität sind, deklariert sich zwar als Bearbeitung der ökologischen oder gar multiplen Krise, wird aber die Naturbeherrschung und damit –zerstörung erhöhen.

Ich plädiere nicht für Naturromantik, sondern für reflexiven Umgang damit, was heute insbesondere im ökologischen Bereich als Krisenlösung vorgeschlagen wird. Die Gefahr – ich zitierte Horkheimer und Adorno – besteht darin, neue Wachstumsdynamiken zu Lasten der natürlichen Lebensgrundlagen zu initiieren und den notwendigen, komplizierten und konflikthaften Umbau der Produktions- und Lebensweise aus dem Blick zu verlieren.